



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 2  
15.01.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

---

Wähleranteile:	Union bei 38 % bzw. 37 %, SPD zwischen 25 % und 23 %
----------------	--

---

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

---

Wirtschaft:	Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung optimistischer; langfristige Wirtschaftserwartungen verschlechtert
-------------	--

---

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst IS und Naher Osten werden als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	--

---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

---

Anlagen:	Grafik "Themen-Monitor" Zeitreihen
----------	---------------------------------------

---

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>FG Wahlen<sup>2</sup></b> für ZDF	<b>infratest dimap<sup>3</sup></b> für ARD
CDU/CSU	38 (-)	38 (-1)	37 (-2)	37 (-2)
SPD	23 (-)	24 (+1)	24 (-)	25 (+1)
FDP	5 (-)	5 (+1)	5 (+1)	4 (-)
DIE LINKE	10 (-)	9 (-1)	8 (-1)	8 (-)
B'90/Grüne	10 (-)	10 (-)	10 (-)	10 (-1)
AfD	9 (+1)	9 (+1)	11 (+2)	10 (+1)
Sonstige	5 (-1)	5 (-1)	5 (-)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.01.	07.-13.01.	12.-14.01.	12.-13.01.

Die Union liegt bei forsa 15 (-), bei Emnid 14 (-2), bei FG Wahlen 13 (-2) und bei infratest dimap 12 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

Die AfD liegt bei FG Wahlen bei 11 %. Dies ist der höchste Wert, der für die AfD im ZDF-Politbarometer bisher gemessen wurde.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	48 (-2)
Gabriel	15 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.01.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

87 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 66 % (-8) für Merkel und 5 % (+2) für Gabriel entscheiden.

40 % (-4) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 31 % (-2) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.01.2016)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 50/2015

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 1/2016

## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	29	(-2)
SPD	8	(-1)
sonstige Parteien	8	(-)
keine Partei	55	(+3)
Erhebungszeitraum	04.-08.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 21 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (+3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

69 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 30 % (-5) von ihrer Partei.

## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Januar 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2015

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	68 (-5)	30 (+5)	1 (-)	1 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	63 (-)	31 (-1)	5 (+1)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	59 (-6)	36 (+5)	3 (-)	2 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	59 (-5)	36 (+5)	4 (-)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	54 (-8)	39 (+4)	4 (+1)	2 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (-5)	39 (+3)	7 (+2)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	51 (+3)	38 (-3)	6 (-2)	3 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	49 (+1)	41 (+3)	7 (-4)	3 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48 (-8)	42 (+6)	7 (+1)	2 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45 (-4)	46 (+4)	7 (-)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	43 (-5)	44 (+5)	9 (-2)	2 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	36 (-)	48 (-2)	11 (-)	3 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	32 (-11)	50 (+6)	14 (+2)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	31 (-2)	52 (+5)	13 (-4)	3 (+1)
neue Technologien fördern	31 (-2)	48 (-1)	15 (-)	5 (+3)
Energiewende zügig vorantreiben	30 (-5)	48 (+3)	15 (-1)	5 (+2)
Verbraucherschutz stärken	27 (-7)	55 (+5)	15 (+1)	2 (+1)
für Preisstabilität sorgen	24 (-5)	57 (+1)	15 (+1)	3 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (-3)	54 (-)	17 (+1)	4 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (-3)	59 (-)	13 (+1)	3 (+1)
Erhebungszeitraum	05.-12.01.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von 50-59-Jährigen (77 %) sowie von Anhängern der Grünen (86 %) als besonders prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (74 % zu 63 %). 40-49-Jährige (61 %) und Anhänger der AfD (50 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit wird von Anhängern der AfD (89 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Über 50-Jährige nennen diese Aufgabe häufiger als unter 30-Jährige (70 % zu 50 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (68 % zu 57 %). Anhänger der Linkspartei (49 %) sehen die Gewährleistung der inneren Sicherheit unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Anhängern der Union und der Linkspartei (jew. 65 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Über 50-Jährige nennen diese Aufgabe häufiger als unter 30-Jährige (65 % zu 48 %). Personen mit hoher formaler Bildung (51 %) nennen die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Januar 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2015

Ernied für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	71 (-1)	18 (-5)
neue Technologien fördern	66 (+2)	24 (-5)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	66 (-3)	27 (-1)
für Preisstabilität sorgen	66 (+1)	28 (-3)
deutsche Interessen in der EU vertreten	63 (-5)	31 (+3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	62 (-3)	34 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (+4)	34 (-7)
Staatsschulden begrenzen	61 (+2)	30 (-8)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	61 (+3)	36 (-4)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	59 (+3)	35 (-5)
Energiewende zügig vorantreiben	57 (+2)	38 (-4)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (-14)	41 (+13)
Verbraucherschutz stärken	54 (-)	40 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	52 (-1)	42 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-3)	45 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46 (+1)	50 (-4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	41 (-4)	50 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	36 (-4)	59 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	34 (+2)	60 (-6)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (-3)	65 (+2)
Erhebungszeitraum	05.-12.01.2016	

In 14 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut, insbesondere in der Wirtschaftspolitik (71 %).

Im Politikfeld "innere Sicherheit gewährleisten" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um **14 Prozentpunkte** geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

## Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	23	(+1)
eher abwärts	22	(-1)
nicht so viel anders	52	(-1)
Erhebungszeitraum	12.-14.01.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 50/2015 leicht verbessert.

Anhänger der FDP (42 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (32 %) und der Linkspartei (29 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.

## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-2)
schlechter	39	(+4)
unverändert	39	(-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 21 (+6) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 52/2015<sup>4</sup>

	forsa für BPA
sehr große	17 (+2)
große	50 (+2)
wenig	27 (-3)
keine	5 (-2)
Erhebungszeitraum	04.-08.01.

Ostdeutsche (75 %), Personen mit mittlerem Einkommen (74 %) sowie Anhänger der AfD (81 %) und der Linkspartei (74 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Anhänger der SPD (40 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Männer machen sich seltener (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden als Frauen (59 % zu 74 %) und unter 30-Jährige seltener als über 60-Jährige (56 % zu 72 %).

## Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 52/2015<sup>4</sup>

	forsa für BPA
Islamischer Staat (IS)	22 (-5)
Naher Osten, arabische Länder	21 (+12)
Syrien	16 (-8)
Asylbewerber, Flüchtlinge	16 (+4)
Krieg/Terrorismus allgemein	9 (-3)
Russland	5 (+1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	5 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.01.

Nach Meinung der Bundesbürger drohen von der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) und dem Nahen Osten (arabische Länder) die größten Gefahren für Deutschland.

Unter 30-Jährige (29 %) und Anhänger der Grünen (28 %) sehen in der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) überdurchschnittlich oft die größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Anhänger der AfD (32 %), der Linkspartei und der FDP (jew. 26 %) nennen den Nahen Osten überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Über 60-Jährige nennen dieses Thema häufiger als unter 30-Jährige (28 % zu 8 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (26 % zu 15 %).

<sup>4</sup> in KW 52 und 53/2015 wurde kein Wochenbericht erstellt

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 52/2015<sup>4</sup>

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	33 (+8)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (-2)
Deutschland tut bereits genug	57 (-5)
Erhebungszeitraum	04.-08.01.

Unter 30-Jährige (48 %), Personen mit hoher formaler Bildung (41 %) sowie Anhänger der Grünen (45 %), der SPD (42 %) und der Linkspartei (38 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (21 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Über 45-Jährige, Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 65 %), Ostdeutsche (62 %) sowie Anhänger der Union (65 %) meinen mehrheitlich, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 52/2015<sup>4</sup>

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41 (-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (+3)
verhält sich alles in allem genau richtig	37 (-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.01.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (50 %), 45-59-Jährige (48 %) sowie Anhänger der AfD (63 %) und der FDP (46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (43 %) und der Grünen (27 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (43 %) und Anhänger der Union (47 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	47 (-13)
Übergriffe in Köln, Silvesternacht	25 (+5)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	14 (+2)
Terroranschläge in der Türkei	14 (neu)
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	8 (+5)
Erhebungszeitraum	12.-13.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (61 %) und der Union (54 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Anhänger der AfD (39 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Ostdeutsche (20 %), 45-59-Jährige (19 %) sowie Anhänger der AfD (27 %) thematisieren die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland überdurchschnittlich häufig. Unter 30-Jährige (7 %) sowie Anhänger der Grünen (5 %) und der Linkspartei (7 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.



















